

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 57 (1982)

Heft: 10

Rubrik: Gesichtet und gesiebt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesichtet und gesiebt

Ein Muster an Lesermanipulation. Über die Kurzinformation, «dass von über 100 000 erfassten Mietpreisen 'nur' 60 Prozent heraufgesetzt wurden, während in einem Prozent der Fälle der Preis sank und» (von da an unterstrichen) «39 Prozent der Mietpreise unverändert blieben», setzte die Wirtschaftsförderung (wf), den noch tendenziöseren Titel: «Zwei Fünftel der Mietpreise veränderten sich nicht». Der korrekte Titel hätte heißen müssen: Drei Fünftel der Mietpreise gestiegen.

Berner Wohnbaukosten 6,1 Prozent gestiegen. Die Berner Wohnbaukosten sind im vergangenen Jahr um 6,1 Prozent angestiegen und wiesen Ende 1981 pro Kubikmeter umbauten Raums einen Preis von Fr. 338,42 auf. Überdurchschnittlich angestiegen sind die Baunebenkosten, Umgebungsarbeiten und der Rohbau, während Ausbau und Honorare unterdurchschnittlich anstiegen und die Installationen sogar einen Rückgang aufwiesen.

Heizsysteme werden überprüft. Um die Emissionen der Ölbrenner und Heizkessel zu begrenzen, will das Eidg. Departement des Innern (EDI) eine Typenprüfung an den entsprechenden Anlagen und Anlageteilen einführen, bevor sie zum Markt zugelassen werden. Kantone und interessierte Kreise würden noch begrüßt, bevor die vom EDI ausgearbeiteten Richtlinien als Ausführungsbestimmungen des Umweltschutzgesetzes erlassen werden.

Jugendwohnungen gegen Wohnungsnot. Zur teilweisen Linderung der Wohnungsnot unter Jugendlichen in der Agglomeration Zürich sollen Jugendwohnungen in den Gemeinden des Zürcher Bezirks Horgen geschaffen werden. Diese Jugendwohnungen sollen selbsttragend sein. Und um kostengünstiges Wohnen zu ermöglichen, werden grössere Wohnungen in oder ganze Altliegenschaften gesucht.

Kommunaler oder genossenschaftlicher Wohnungsbau? Damit die jungen Dorfbewohner in Herrliberg am Zürichsee wohnen bleiben können, plant die Gemeinde eine Siedlung. Die Gemeinde als Bauherr wurde jedoch von der Gemeindeversammlung in Frage gestellt. So beschloss die Gemeindeversammlung in einem Zusatzantrag, die Frage zu überprüfen, ob die Überbauung allen-

falls auf genossenschaftlicher Basis verwirklicht werden könnte und sollte.

Mieterproblem keine Wohlstandsfrage. An der Generalversammlung des Zürcher Mieterverbandes attackierte der abtretende Präsident Roland Gmür die «neue alte Philosophie», die behauptete, das Mieterproblem von heute sei lediglich eine Wohlstandsfrage. Merkwürdigerweise werde diese Philosophie genau von jenen vorgetragen, die in Villen wohnten. Obwohl die Hypothekazinsen überall in der Schweiz im gleichen Masse angestiegen seien, verzeichnete der gesamtschweizerische Mietindex zwischen Mai 1981 und Mai 1982 eine Zunahme von 10,7 Prozent, derjenige von Zürich aber eine solche von 14,2 Prozent - hielt Gmür fest, der von «einem enormen Unterschied» sprach.

Schweizer Sparquote gesunken. In der Schweiz ist die Nettosparquote zwischen 1970 und 1980 von 23 auf 17,5 Prozent zurückgefallen. Wie das Bundesamt für Statistik mitteilt, steht die Schweiz dennoch international gesehen beim Sparen an vorderster Front. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass in der BRD die Sparquote im letzten Jahrzehnt von 20,8 auf 14,7 Prozent gesunken ist, in Frankreich von 18,5 auf 13,2 Prozent, in Italien von 17,4 auf 14,5 Prozent in den Niederlanden von 19,9 auf 12,3 Prozent und in den USA von 7,6 auf 6,3 Prozent. Einzig Japan hat eine höhere Sparquote als die Schweiz, sie sank in den siebziger Jahren von 30,9 auf 20,9 Prozent.

Vermittlung von Mietobjekten gesetzlich geregelt. Am 1. Juli traten im Kanton Zürich das Gesetz über die Vermittlung von Wohn- und Geschäftsräumen sowie die dazugehörige Tarifordnung in Kraft. Der gewerbsmässige Nachweis von Mietobjekten und die ge-

werbsmässige Vermittlung des Abschlusses von Mietverträgen bedürfen nun im Kanton Zürich einer Bewilligung, die von der Justizdirektion erteilt wird. Weitere wesentliche Neuerungen sind die Begrenzung der Maklerlöhne und das Verbot der Erhebung von Einschreibungs- und sonstigen Gebühren.

Möbelabsatz stagniert. Der schweizerische Möbelabsatz erreicht nicht einmal mehr das Niveau von 1970, denn die Rezession von 1974 bis 1976 hat in der Struktur der privaten Konsumnachfrage deutliche Spuren hinterlassen. Real, das heisst, nach Abzug der Teuerung, hat sich der Möbelverkauf seit 1976 nur noch leicht erhöht und erreicht zurzeit mit 400 bis 450 Mio Franken pro Quartal nicht einmal mehr das Niveau von 1970.

Bauwirtschaftsfonds in Frankreich. Die sozialistische Regierung Frankreichs hat einen Bauwirtschaftsfonds gegründet und mit 16 Mia französischen Francs ausgestattet, um öffentliche Arbeiten und den sozialen Wohnungsbau zu finanzieren. Es geht der Regierung in erster Linie darum, die verfügbaren Mittel zur Aktivierung der Wirtschaftskonjunktur einzusetzen, um eine höchstmögliche Beschäftigungseffizienz bei geringer Importsteigerung zu erreichen. Die Fondsmittel sollen je zur Hälfte für eigentliche Bauarbeiten (Hoch- und Tiefbau sowie sozialer Wohnungsbau) und Energieeinsparungen (also Spartechnik, Isolation, Neuinvestitionen) eingesetzt werden.

Dänemark leidet unter hohen Zinsen. Weil das Haushaltsdefizit Dänemarks auf 50 Mia dänische Kronen gestiegen ist, sind die Zinsen in schwindelerregende Höhen gestiegen. Für Hypotheken müssen beispielsweise 25 Prozent bezahlt werden.

**Beratung
Installation
Schaltafelbau
Service**

Tel. 301 44 44

**ELEKTRO
COMPAGNONI
ZÜRICH**